



16. Dezember 2011

Anpacken für die Nebenerwerbslandwirte

BBV-Fachausschuss übergibt Forderungskatalog im Landtag

(bbv) – „Mehr als die Hälfte der bayerischen Bauernfamilien wirtschaften im Nebenerwerb. Hier gibt es viele Baustellen, die die Politik endlich kräftig anpacken muss“, betonten die Vorsitzenden des BBV-Fachausschusses Nebenerwerbslandwirtschaft und Einkommensquellen, Bernhard Weiler und Martin Seidl, bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Agrarausschusses des Bayerischen Landtags Albert Füracker (CSU) und der Landtagsabgeordneten Annemarie Biechl (CSU). Die Nebenerwerbsbetriebe seien ein wichtiger Aktivposten im ländlichen Raum und leisteten einen enormen Beitrag zum Erhalt der attraktiven bayerischen Kulturlandschaft. Die Nebenerwerbsvertreter übergaben den Abgeordneten einen Forderungskatalog.

„Bei der Diskussion um die künftige Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik nach 2013 dürfen Nebenerwerbslandwirte und Betriebe mit Einkommenskombinationen nicht von der Förderung ausgeschlossen oder mit bürokratischen Nachweispflichten überflutet werden“, forderten Weiler und Seidl. Hintergrund ist der Vorschlag der EU-Kommission, künftig nur noch sogenannte „aktive Landwirte“ zu fördern. Dies hätte zur Folge, dass mehr als die Hälfte der Betriebe einen Nachweis über ihre Einkommensverhältnisse, genauer ihrer nicht-landwirtschaftlichen Umsätze, einreichen müssten.

Auch beim von der EU-Kommission geplanten Greening der Direktzahlungen sehen die Nebenerwerbsvertreter erhebliche Umsetzungsschwierigkeiten gerade für kleine und Nebenerwerbsbetriebe. „Wir stehen zum Umwelt- und Naturschutz, aber die drei vorgesehenen Pflichtmaßnahmen sind viel zu bürokratisch, starr und unflexibel“, so Weiler und Seidl. Verkannt werde, dass die bayerischen Landwirte bereits jetzt auf jedem dritten Hektar freiwillige Umweltleistungen über bewährte Programme wie das Kulturlandschaftsprogramm KULAP oder Vertragsnaturschutzprogramme erbringen. Dieser Weg von regional ausgestalteten, freiwilligen Maßnahmen müsse konsequent fortgesetzt werden.

Der längst überfällige Bürokratieabbau müsse auf allen politischen Ebenen angepackt werden. Für Nebenerwerbslandwirte, die oft noch einen anderen Beruf ausübten, sei die Fülle an Auflagen bereits jetzt kaum mehr zu überblicken. Die immer höher werdenden Standards und Auflagen führten zu Mehrkosten, was viele Nebenerwerbsbetriebe nicht selten zur Aufgabe zwingt, so die Vertreter des Nebenerwerbsausschusses. „Unsere Nebenerwerbsbetriebe brauchen dringend spürbare Entlastungen über praxisgerechte Kleinerzeugerregelungen sowie Toleranz- und Bagatellgrenzen“, forderten Weiler und Seidl.

Die Nebenerwerbsvertreter sprachen sich für einen starken EU-Agrarhaushalt für die nächste Planungsperiode ab 2014 aus. „Gerade für die Nebenerwerbsbetriebe sind die EU-Direktzahlungen von enormer stabilisierender Bedeutung. Sie machen bis zu 80 Prozent ihres landwirtschaftlichen Einkommens aus“, sagten Weiler und Seidl.

Im Steuerbereich forderten die Nebenerwerbs-Vertreter eine Beibehaltung der Pauschalierungsmöglichkeiten nach § 13 a des Einkommensteuergesetzes bei der Gewinnermittlung und bei der Umsatzsteuer.